

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
09/2013 (II)*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Noch 4 Tage bis zur Nationalratswahl. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen bedanken, die die SPÖ und mich in den letzten Monaten beim Wahlkämpfen so tatkräftig und mit viel Zeit und Engagement unterstützt haben. Bis zum Sonntag gilt es jetzt noch einmal alle Freunde, Bekannte und die Familie zu mobilisieren. Neben dem Kreuzerl für die SPÖ freue natürlich auch ich mich über jede Vorzugsstimme auf der Landes- und Bundesliste, die mir hilft, meine Arbeit im Nationalrat weiterzuführen.

In Wien ist das Parlament unterdessen zu einer letzten Sondersitzung vor den Wahlen zusammengekommen. Thema war der Ausbau der direkten Demokratie.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Mittwoch, 25.09.2013, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Wenige Tage vor der Nationalratswahl am 29. September wurde dabei auf Verlangen der FPÖ über Direkte Demokratie diskutiert. Von allen Parteien wurde die Sitzung auch dafür genutzt, ihre wesentlichen Forderungen im Wahlkampf nochmals auszuführen.

Bundeskanzler Werner Faymann betonte, dass **Österreich Vorreiter** war und ist, wenn es um den **Ausbau der direkten Demokratie** in der Europäischen Union geht. In Österreich seien Demokratie-Reformen schwerpunktmäßig im Parlament zu verhandeln. Dementsprechend liege im Verfassungsausschuss bereits ein **Reformantrag**. "Ich bin überzeugt davon, dass wir uns in erster Linie an der **österreichischen Bundesverfassung** orientieren müssen. Man kann Vergleiche zu anderen Ländern ziehen, wir sollten diese Modelle aber nicht einfach kopieren, wenn sie nicht zu den österreichischen Strukturen passen", so Faymann.

Zu den Fragen über die Maßnahmen der Regierung im **Sozial- und Gesundheitsbereich** wies der Kanzler darauf hin, dass die Inflation seit 2009 im Durchschnitt ausgeglichen wurde. Das **Pflegebudget** ist von **2008 bis 2012 um 32 Prozent gestiegen**, bis 2016 werden über den **Pflegefonds 1,3 Milliarden Euro** in Pflegedienste investiert. Auf Schiene ist auch der Ausbau der **Betreuungsplätze für Kleinkinder**, mit jährlichen Investitionen von **100 Millionen Euro**. Gelungen ist in dieser Legislaturperiode eine Einigung von Bund, Ländern und Sozialversicherung auf eine **Gesundheitsreform**, auch im **Bildungsbereich** sind eine Reihe von Reformen beschlossen worden. Dank der **guten Zusammenarbeit im Parlament** wurde in den letzten Jahren **viel für Österreich erreicht**, strich Faymann hervor. Auch in den nächsten Jahren werde es darum gehen, "zu beweisen, dass **Österreich Modell und Vorbild** in Europa ist".

Mit dem **Schweizer Modell**, das von der FPÖ propagiert wurde, beschäftigte sich **SPÖ-Klubobmann Josef Cap**. "In der Schweiz ist die **Armutgefährdung** weit **höher** als in Österreich, es gibt eine **höhere Working Poor-Quote** und die **Basispension** in der Schweiz beträgt die  **Hälfte der österreichischen Pension**", so Cap. Zum **Schweizer Sozialsystem** stellte Cap fest, dass die **zweite Säule** in den Schweizer Pensionskassen gerade während der **Finanz- und Wirtschaftskrise "verzockt"** wurde. Im Gegensatz zu Österreich haben **PensionistInnen in der Schweiz die Krise deutlich gespürt** und einige mussten deutliche **Pensionskürzungen** hinnehmen. In der Schweiz seien fast doppelt so viele ältere Menschen arbeitsgefährdet wie in Österreich.

**SPÖ-Abgeordneter und FSG-Vorsitzender Wolfgang Katzian** bezeichnete den sozialpolitischen Anspruch der FPÖ als **unglaublich** – vor allem angesichts der **Bilanz der freiheitlichen Sozialminister**. So führten FPÖ-Sozialminister eine Pensionskürzungsreform durch, schafften die Alterspension bei langer Arbeitslosigkeit ab und besteuerten die Unfallrenten. Gleichzeitig wurde öffentliches Vermögen privatisiert.

An die von Schwarz-Blau verursachte Verteilungsproblematik erinnerte **SPÖ-Finanz- und Budgetsprecher Jan Krainer** in seiner Rede und plädierte dafür, die **Steuern und Abgaben auf Arbeit** zu senken, im Gegenzug dafür aber **Kapital und Vermögen stärker zu belasten**. Die SPÖ habe als einzige Partei ein **Finanzierungskonzept für eine gerechte Steuersenkung** – als Beispiele nannte er die Einführung der **Millionärssteuer** sowie die Einführung einer Steuer auf Millionenerbschaften.

SPÖ-Abgeordneter **Josef Muchitsch**, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, betonte, wenn es um die **Sicherheit der Arbeitsplätze** und der **Pensionen** gehe, dann vertrauen die Menschen der SPÖ. Denn die SPÖ steht auf ihrer Seite. Muchitsch erinnerte in diesem Zusammenhang an den **Einsatz von Bundeskanzler Werner Faymann, der SPÖ** und der **Gewerkschaft** für die ArbeitnehmerInnen nach den Insolvenzen von Alpine und Dayli.

Für **SPÖ-Gesundheitssprecherin und ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser** war die Kritik der Freiheitlichen an der Bundesregierung nicht nachvollziehbar: „In Sachen Arbeitslosigkeit, Beschäftigung oder Wirtschaftswachstum **steht Österreich wesentlich besser da** als in Zeiten, in denen es keine Krise und eine FPÖ-Regierungsbeteiligung gab.“ Oberhauser erinnerte, was damals die Menschen zu spüren bekamen: Pensionskürzungen, Erhöhung von Selbstbehalten, Postenschacher und das Skandalssystem Grasser. Der Vergleich mache sicher.

## Veranstaltungen:

### Europa-Diskussion

"Vor den Wahlen - Europapolitische Konzepte auf dem Prüfstand" : so hieß das Thema, einer angeregten Diskussionsrunde, zu der der Europaklub Wien, mich und die europapolitischen ExpertInnen der anderen Parlamentsparteien am 18. September eingeladen hatte. Ich habe die Gelegenheit genutzt, noch einmal die sozialdemokratische Forderung nach einem sozialeren und gerechteren Europa zu unterstreichen. Dazu gehören: eine soziale Haushaltskonsolidierung, wie in Österreich, nicht auf dem Rücken von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen, sondern indem wir die Finanzindustrie und die Vermögenden stärker an den Kosten der Finanzkrise beteiligen; eine Job- bzw. Ausbildungsgarantie für Europas Jugend und die Bekämpfung von Lohndumping, etwa indem wir allgemein gültige nationale Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten festlegen. Die europapolitischen Vorschläge der SPÖ können im aktuellen [Wahlprogramm](#) eingesehen werden.

## Auch zur NRW: Schneemänner statt Plakate



Wie bereits beim Wahlkampf um den Kärntner Landtag im Februar dieses Jahres verzichtet die SPÖ auch beim Nationalratswahlkampf auf große Plakatieraktionen. Anstatt mit vielen Plakaten die Sicht auf unsere schöne Landschaft in Kärnten zu verstellen, suchen wir lieber das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Hingucker gibt es bei der SPÖ aber trotzdem. Wie bei der Landtagswahl so sind auch jetzt wieder die SPÖ "Schneemänner" unterwegs, um die Menschen auf unsere Themen aufmerksam zu machen.

um die Menschen auf unsere Themen aufmerksam zu machen.

### Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)